

ben, in alle Vergünstigungen, die es für DDR-Bürger geben wird, einbezogen werden, und, das will ich jetzt nicht als Vergünstigung bezeichnen, sie müssen natürlich auch das Recht haben, Mitglied unserer Partei zu werden, wenn sie das wollen. *(Beifall)*

Wir müssen einfach in jeder Hinsicht Ernst machen mit dem Kampf gegen nationalistische Gefühle und Bestrebungen. Bürger, die solche Gefühle und Bestrebungen haben, können wir zwar nicht ausgrenzen, wir müssen mit ihnen sprechen, wir müssen versuchen, sie davon abzubringen. Aber wir müssen dies sehr konsequent tun. Und wir dürfen in dieser Frage weder Kompromisse machen noch zurückweichen, noch etwa gar, weil es vielleicht bei einer Demonstration eine Mehrheit ist, populistisch werden; dann lassen wir uns lieber auspfeifen, bevor wir solche Werte aufgeben. *(Beifall)*

**Wolfgang Berghofer:** Gibt es noch Fragen dazu? – Ich glaube, wir haben eine eindeutige Position. Vielen Dank.

Kommen wir nun zum Bericht der Antragskommission. Ich bitte den Vorsitzenden der Antragskommission, Genossen Klaus Höpcke, den Bericht zu erstatten. Wir ziehen das deshalb vor, weil sich damit viele Fragen eventuell, die es noch zum Statut gibt, von selber beantworten.

**Klaus Höpcke:** Liebe Genossinnen und Genossen! Bis zum 7. Dezember sind 2.552 Hinweise, Anfragen, Kritiken und Vorschläge eingegangen, die als Antrag an den Parteitag zu verstehen sind. Da in den letzten Tagen noch mehrere hundert Zuschriften hinzukamen, dürfte die Gesamtzahl jetzt die 3.000 übersteigen. Ich nutze die Gelegenheit, allen herzlich zu danken, die ihre Ideen und Vorschläge für die Erneuerung unserer Partei und unseres Landes unterbreiteten.

Da der Bericht der Antragskommission nicht die ganze Fülle und Breite dieser Anträge berücksichtigen kann, haben wir Vorsorge getroffen, daß sie alle in die weitere Arbeit des Parteivorstandes einfließen, auch wenn einige hier nicht erwähnt werden. Etwa die Hälfte, nämlich 1.418 Anträge, betreffen unmittelbar die Partei. Mit den Entscheidungen unserer ersten Beratungstage ist vielen dieser Anträge bereits entsprochen worden. Das gilt insbesondere für den einmütig erklärten Willen, mit stalinistischen Denkweisen und Strukturen eines administrativ-zentralistischen Sozialismus konsequent zu brechen, unsere Partei zu erhalten und radikal zu erneuern, wobei sie sich nunmehr als gleichberechtigte Partei im politischen System unserer Gesellschaft versteht; für die Entscheidung unserer Partei als Zeichen für unser Verhältnis zu ihrer Geschichte und für einen entschiedenen Neubeginn den Namen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus zu geben; für die neue Struktur der zentralen Leitungen unserer Partei; für den Vorschlag, einen Rat der Alten der Partei zu bilden, der eine beratende Funktion und eine beschließende Stimme im Vorstand hat.

Dem Willen der Parteibasis wird auch weitgehend durch den vor dem Parteitag bekanntgegebenen Entwurf einer neuen Beitragsrichtlinie Rechnung getragen. Dazu gab es immerhin rund 300 Anträge. Inzwischen liegen eine Reihe von